



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und
Integration

Protokoll

der Plenumssitzung des Integrationsbeirats

am 21. Februar 2023 um 19.00 Uhr im Café Elbfaire im Ökumenischen Forum Hafencity

Amtsleiter Arne Dornquast begrüßt die Anwesenden zur ersten Plenumssitzung des (Landes-) Integrationsbeirats in 2023.

Er leitet über zu der vorliegenden Tagesordnung:

- | | |
|--------------|--|
| TOP 1 | Begrüßung, Abfrage zur Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07. November 2022 |
| TOP 2 | Vorstellung der von der Behörde für Schule und Berufsbildung wahrgenommenen Aufgaben |
| TOP 3 | Antrag AG Bildung Chancengleichheit IV-Klassen |
| TOP 4 | Austausch zu weiteren integrationspolitischen Themen der Behörde für Schule und Berufsbildung |
| TOP 5 | Verschiedenes |

TOP 1: Begrüßung, Abfrage zur Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07. November 2022

- Das Protokoll der letzten Sitzung vom 7. November 2022 wird ohne Änderungen genehmigt.
- Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung.
- Herr Dornquast übergibt das Wort an Senator Rabe.

TOP 2: Vorstellung der von der Behörde für Schule und Berufsbildung wahrgenommenen Aufgaben

Senator Rabe führt in das Thema ein:

- Integration habe im Schulsystem eine besondere Bedeutung. Laut Mikrozensus haben 53% aller Schülerinnen und Schüler (SuS) einen Migrationshintergrund, das sind in Hamburg ca. 140.000 SuS.

- In den letzten Jahren seien in Hamburg große Anstrengungen unternommen worden, die Lese- und Schreibkompetenz der SuS allgemein zu verbessern. Im IQB-Bildungstrend für die Klassenstufe 4, einer bundesweiten Vergleichsstudie, habe Hamburg es geschafft, sich von Platz 14 auf Platz 6 zu verbessern. Dies gelinge durch eine Vielzahl an Maßnahmen, wie z.B. das Vorstellungsverfahren der Viereinhalbjährigen zur Sprachstanderhebung, gezielte Sprachförderung ab der Vorschule und weitere Fördermaßnahmen wie kostenlose Nachhilfe und kostenlose Ganztagsbetreuung.
- Darüber hinaus gebe es in Schulen mit einem niedrigen Sozialindex (d. h. mit einer Schülerschaft mit einem insgesamt niedrigen sozioökonomischen Status) bis zu 50% mehr Personal als an Schulen mit einem hohen Sozialindex.

TOP 3: Antrag AG Bildung Chancengleichheit IV-Klassen

Senator Rabe führt aus:

- Bundesweit gebe es verschiedene Beschulungsmodelle für neuzugewanderte Schülerinnen und Schülern.
- Hamburg halte als Stadtstaat mit einer hohen Zahl an geflüchteten Kindern an einer Beschulung in den Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) fest. Die Klassen mit einer maximalen Zahl von 15 SuS bieten einen geschützten Rahmen, um in Hamburg anzukommen und die deutsche Sprache zu erlernen. Die SuS verbleiben in der Regel für ein Jahr in diesen Klassen, bevor sie in die Regelklassen integriert würden. Eine Ausnahme bilden geflüchtete SuS der Klassenstufen 1 und 2, die in der Regel direkt in eine Regelklasse aufgenommen werden.
- Insgesamt gebe es derzeit in Hamburg über 350 IV- und Basisklassen an den allgemeinbildenden und 140 AvM- und Alphaklassen an den berufsbildenden Schulen und alleine mehr als 7.000 SuS aus der Ukraine, die zurzeit beschult würden. Hinzu kommen rund 1.500 SuS mit Fluchthintergrund aus anderen Nationen, die zurzeit eine IVK besuchen.
- Für ukrainische SuS gelten dabei dieselben Regeln wie für die SuS anderer Nationalitäten. Auch wenn diese nachmittags zum Teil eigenverantwortlich am Fernunterricht aus Kiew teilnehmen würden, ersetze dieser nicht den Besuch der IV-Klassen am Vormittag.

Im Anschluss an die Ausführungen von Senator Rabe schließt sich eine Diskussion an.

TOP 4: Austausch zu weiteren integrationspolitischen Themen der Behörde für Schule und Berufsbildung

Herkunftssprachlicher Unterricht

- Die Schulbehörde verstehe Integration als gleichberechtigte Teilhabe und Gleichbehandlung aller SuS.
- Entsprechend sei die Schulbehörde bemüht, herkunftssprachlichen Unterricht anzubieten, wenn sich mindestens 12-13 Kinder pro Schule und Sprache finden und das Angebot vorgehalten werden könne.
- Hamburgweit gebe es 400 Kurse an derzeit 376 Schulen in zwölf Sprachen.

Religionsunterricht für alle

- In Zusammenspiel mit verschiedenen Hamburger Religionsgemeinschaften werde ein Unterricht für alle SuS entwickelt.
- Das Konzept sei bundesweit einzigartig.

Interkulturelle Öffnung von Schule

- Die Erhebung des Anteils an Lehrkräften mit Migrationshintergrund sei aus personalrechtlicher Sicht und aus Datenschutzgründen nicht möglich.
- Freiwillige Befragungen hätten in der Vergangenheit keinen zufriedenstellenden Rücklauf ergeben, sodass keine belastbaren Daten vorliegen würden.
- Eine Einstellung in den Schuldienst kann aus juristischen Gründen nur nach Noten erfolgen. Insofern sei eine gezielte Steuerung einer Steigerung der Anzahl an Lehrkräften mit Migrationshintergrund über das Bewerbungsverfahren nicht möglich.
- Es gebe am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) ein Netzwerk von Lehrkräften mit Migrationshintergrund.

Es schließt sich zu allen Punkten eine rege Diskussion an.

Empfehlungen des Integrationsbeirats an die Schulbehörde:

- Aus dem Kreis der Beiratsmitglieder wird angeregt, auch weitere Religionsgemeinschaften wie die Ahmadiyya-Gemeinde oder die Community der Jesiden in Hamburg mit in die Gestaltung des Religionsunterrichts einzubeziehen.
- Der antirassistische Ansatz an Schulen solle noch verstärkt werden, um Schule vorurteilsbewusster zu machen und Vielfalt an Schule zu leben, z.B. über verpflichtende Teilnahme an interkulturellen Fortbildungen.
- Vergleichbar mit den Ausbildungs-, und Einstellungsoffensiven des Personalamtes beim allgemeinen Verwaltungsdienst sowie bei Feuerwehr und Polizei, wäre auch

eine gezieltere Anwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund für das Lehramt denkbar.

- Im Rahmen des Anmeldeverfahrens an Grundschule und weiterführender Schule könne abgefragt werden, ob und in welcher Sprache Interesse an herkunftssprachlichem Unterricht besteht.

Die Schulbehörde hat weitergehende Fragen in Form eines Protokollanhangs in schriftlichen Verfahren nachgereicht (Anl. 1).

TOP 5: Verschiedenes

Weitere Sitzungsplanung

- Die kommende Plenumssitzung am 6. Juni 2023 wird unter Vorsitz von Senatorin Melanie Schlotzhauer im Hamburg Welcome Center stattfinden.
- Wie bereits per Mail angekündigt, wurde die dritte Sitzung in diesem Jahr auf den 26. September 2023 verschoben, um die Teilnahme von Senator Andy Grote zu ermöglichen.
- Die letzte Sitzung in diesem Jahr wird dann traditionsgemäß im Hamburger Rathaus stattfinden; der entsprechende Raum ist schon reserviert. An diesem Termin bleibt Zeit und Raum für eine Rückschau.
- Außerordentliche Sitzung zur Versorgungslage der Geflüchteten in Hamburg (Beschluss im Plenum am 7. November 2022): Termin wird zeitnah bekannt gegeben.

Öffentlichkeitsarbeit/ Social Media für den Integrationsbeirat

- Frau Richter, die in der Sozialbehörde den Bereich Social Media verantwortet, hat sich bereit erklärt, mit den Beiratsmitgliedern in den Austausch zu Optionen eines Social Media Auftritts zu gehen.
- Es wurden zwei Termine angeboten (13.3., 14.3., jeweils 17 Uhr), Terminabfrage läuft über die Sprecherinnen und Sprecher.

Zwischenbericht zur Arbeit des Integrationsbeirats

- In diesem Jahr ist ein Zwischenbericht zur Arbeit des Beirats nach der Hälfte der 22. Legislatur geplant.
- Die Geschäftsstelle wird zeitnah auf das Team der Sprecherinnen und Sprecher zugehen, um den Prozess zu planen.

Dorothea Stille

Anlage

Nachfragen zur Plenumssitzung am 21.02.2023